

Perspektiven für Langzeitarbeitslose vor Ort - Teilhabe an Arbeit für alle? Betroffene tragen ihre Forderungen an die Kommunalpolitik vor

Forderungen zu Wohnungen und Wohnungsbau

Eine Wohnung zu haben ist lebensnotwendig. Aber alle wissen, dass es in Stuttgart und vielen anderen Städten zu wenige Wohnungen gibt.

Arbeitslosengeld II-Bezieher, die umziehen müssen, finden häufig keine neue Wohnung. Weil die Mietobergrenzen des Jobcenters zu niedrig sind und sie keine preiswerte Wohnung finden, zahlen viele Arbeitslosengeld II-Bezieher einen Teil der Miete aus ihrem Regelsatz. In ganz Deutschland summiert sich diese Unterdeckung auf 627 Millionen Euro. Gleichzeitig gibt es viel zu wenige Sozialwohnungen. Über 4700 Haushalte in Stuttgart stehen auf der Warteliste.

Deshalb fordern wir, dass die Stadt Stuttgart

- die Mietobergrenzen für Arbeitslosengeld II-Bezieher auf eine realistische Höhe anhebt
- den sozialen Wohnungsbau massiv fördert
- leerstehenden Wohnraum nutzt und verfügbar macht

Forderungen zu lebenserleichternden Maßnahmen

Arbeitslosengeld II-Bezieher wollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich engagieren, egal ob Politik, Kultur, Sport, Bildung oder Ehrenamt.

Die Bonuscard bietet dafür eine gute Grundlage und verhilft zu „lebenserleichternden Maßnahmen“. Doch oft reicht sie nicht aus.

Deshalb fordern wir, dass die Stadt Stuttgart

- den Zugang für Arbeitslosengeld II-Bezieher und ihre Familien bei Kultur, Musikschulen, Bibliotheken und Bädern noch weiter erleichtert und verbessert
- Ehrenämter attraktiv macht, etwa mit einem kostenlosen Monats-Ticket für Menschen, die sich engagieren
- Arbeitslosengeld II-Beziehern beim Zugang zum Internet hilft und die digitale Kompetenz fördert
- Wir fordern, dass die Stadt Stuttgart ein klares und übersichtliches Ermäßigungs-System für alle Menschen in prekären Lebenslagen entwickelt. Dabei wollen wir mithelfen.

Forderungen zu Hartz IV und Jobcenter

Für uns Hartz IV-Bezieher spielt das Jobcenter eine zentrale Rolle. Es geht dabei nicht nur ums Geld, sondern auch um Perspektiven, um Zukunftsplanung, es geht darum, den Hartz IV-Status hinter sich zu lassen.

Doch dafür sind die Jobcenter nicht gut genug ausgerüstet. Auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sind frustriert, weil sie die Menschen nicht so unterstützen können, wie es notwendig ist. Als Optionskommune kann Stuttgart die Arbeit in den Jobcentern mitgestalten. ►

Wir fordern von der Stadt Stuttgart, sich dafür einzusetzen, dass die Jobcenter

- mehr und verständliche Infos bereithalten
- einfache Formulare verwenden
- mehr Service aus einer Hand bieten und klare Zuständigkeiten haben
- mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen. Die Bearbeitungsrückstände sind sehr hoch. Sie müssen transparent gemacht werden, damit das Personal an die Fallzahlen angepasst werden kann.

Wir brauchen

- einen Notfonds für Soforthilfe und Sonderleistungen bei unumgänglichen Anschaffungen wie Zahnersatz, Brille oder Waschmaschine
- eine Qualifizierung, die sich noch besser an den individuellen Wünschen und Fähigkeiten der ALG II-Bezieher ausrichtet
- eine Ombudsstelle (unparteiische Schiedsstelle)
- weniger Sanktionen und keine Sanktionen bei Wohnungslosen, Sucht- und psychisch Erkrankten
- Wir möchten, dass Betroffene im Jobcenter-Beirat sitzen oder beratend mitwirken können und so ihre Perspektive einbringen können.
- Wir wollen ein Betroffenen-Gutachten unter Anleitung von Profis, das die Arbeit des Jobcenters evaluiert und verbessert.

Forderungen zu Maßnahmen und Beschäftigungsförderung

Eine Beschäftigung zu haben ist für ALG II-Bezieher und Langzeitarbeitslose wichtig. Sie gibt Tagesstruktur, eine sinnvolle Aufgabe, Kontakte und erhält die Arbeitsfähigkeit.

Je länger jemand arbeitslos ist, desto schwieriger findet er wieder eine Anstellung. Doch nur noch jede/r zehnte Langzeitarbeitslose erhält Unterstützung vom Jobcenter. Die Stadt hat hier Möglichkeiten zu helfen.

Deshalb fordern wir, dass die Stadt Stuttgart

- Kommunale Beschäftigungsangebote schafft wo möglich, besonders für Suchtkranke und psychisch kranke Menschen
- bei der Vergabe kommunaler Aufträge, die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen fördert
- wohnungslosen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten bietet
- Langzeitarbeitslosen eine Ausbildung in sozialen Berufen ermöglicht, denn gerade hier fehlen Fachkräfte

Partizipation: Wissen der Betroffenen nutzen, um alles besser zu machen

Langzeitarbeitslose haben keine Lobby, aber sie wissen, was sie wollen, was sie brauchen und wo es hakt. Es ist deshalb wichtig, dass ihre Stimme gehört wird und sie mitwirken können.

Deshalb fordern wir, dass die Stadt Stuttgart

- Betroffenen zuhört, sie einbezieht und sie beteiligt
- ihre Interessen anwaltschaftlich vertritt, auf regionaler Ebene, im Land und im Bund
- ermöglicht, dass Langzeitarbeitslose ein wissenschaftlich begleitetes Gutachten über die Arbeit des Jobcenters erstellen, damit die Arbeit dort verbessert werden kann
- Wir wollen, dass die Politik auf die Langzeitarbeitslosen zugeht und den Dialog sucht.